

Natürliche Mehrsprachigkeit darf nicht länger ignoriert werden
Der Landesintegrationsrat NRW warnt vor problematischen bildungspolitischen
Entwicklungen und fordert grundlegenden Perspektivwechsel

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW vom 20. Mai 2026

Die Landesregierung stellt den Kinderbildungsbereich neu auf, ignoriert dabei aber große Teile der Bevölkerung. Der Landesintegrationsrat beobachtet mit Sorge, dass die sprachliche Vielfalt der Kinder unseres Landes kaum Beachtung findet, und befürchtet einen bildungspolitischen Stillstand.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 23. April 2026 zur Reform des Kinderbildungsgesetzes hatte der Landesintegrationsrat deutliche Bedenken daran geäußert, dass natürliche Mehrsprachigkeit in der Theorie zwar anerkannt, aber strukturell nicht verbindlich gefördert wird. In der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung sowie des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 20. Mai 2026 zum Gesetzentwurf zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz) zieht sich diese kritische Linie leider fort. Die geplanten Maßnahmen orientieren sich weiterhin an überholten monolingualen Vorstellungen und verkennen die gesellschaftliche Realität eines mehrsprachigen Nordrhein-Westfalens.

„Die Landesregierung scheint weiterhin auf selektierende und defizitorientierte Bildungsmodelle zu setzen. Sprachscreenings und sogenannte ABC-Klassen drohen Kinder mit internationaler Familiengeschichte frühzeitig zu stigmatisieren, anstatt ihre vorhandenen sprachlichen Ressourcen gezielt zu nutzen“, hebt der Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltik, hervor.

Der Landesintegrationsrat NRW gehört seit Jahren zu den wegweisenden Impulsgebern für eine moderne und wissenschaftlich basierte mehrsprachige Bildungspolitik in Deutschland. Bereits 2019 initiierte er eine politische Bildungsoffensive zur Förderung natürlicher Mehrsprachigkeit und brachte wissenschaftliche Expertise, pädagogische Praxis und politische Akteure zusammen. Bereits seit der ersten Veröffentlichung der PISA-Studie im Dezember 2001 hatte der Landesintegrationsrat NRW mit zahlreichen Beiträgen die Bedeutung von Herkunfts-, bzw. Erst- und Familiensprachen für Bildungserfolg, soziale Teilhabe und Persönlichkeitsentwicklung hervorgehoben. Mit Positionspapieren, Fachdialogen, Teilnahmen an parlamentarischen Anhörungen und konkreten Reformvorschlägen hat der Landesintegrationsrat NRW maßgeblich dazu beigetragen, dass natürliche Mehrsprachigkeit heute überhaupt als bildungspolitisches Zukunftsthema diskutiert wird. Dass zentrale Forderungen mittlerweile Eingang in parlamentarische Initiativen wie beim interfraktionellen Antrag „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung“ gefunden haben, bestätigt die Vorreiterrolle des Landesintegrationsrates NRW in diesem Bereich.

Gleichzeitig kritisiert der Landesintegrationsrat, dass die aktuellen Gesetzentwürfe hinter wissenschaftlichen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Realitäten deutlich zurückbleiben. Das Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist eine wesentliche Voraussetzung für das Lernen und den schulischen Erfolg. Die Förderung der deutschen Sprache steht jedoch nicht im Widerspruch, sondern in einem funktionalen Zusammenhang mit der Förderung der Herkunfts-, Erst-

bzw. Familiensprachen. Stattdessen werden die mehrsprachigen Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen mit internationaler Familiengeschichte weiterhin überwiegend als Problem behandelt, obwohl zahlreiche Studien ihre positiven Auswirkungen auf die Sprachentwicklung, kognitive Fähigkeiten, Bildungsbiografien und gesellschaftliche Integration belegen. Hierzu verweist der Landesintegrationsrat NRW auf die veröffentlichten Stellungnahmen zu den erwähnten Gesetzentwürfen.¹

Der Landesintegrationsrat NRW fordert deshalb einen grundlegenden Perspektivwechsel in der Bildungspolitik. Notwendig sind die verbindliche Verankerung der Förderung natürlicher Mehrsprachigkeit, die systematische Einbeziehung von Herkunfts-, bzw. Erst- und Familiensprachen in Sprachbildungsprozesse, der Ausbau bilingualer und mehrsprachiger Bildungsangebote, die stärkere Implementierung der mehrsprachigen Kompetenzen pädagogischer Fachkräfte sowie eine langfristige landesweite Strategie für mehrsprachige Bildung.

„Nordrhein-Westfalen ist längst eine mehrsprachige Gesellschaft. Bildungspolitik darf Kinder und Jugendliche nicht länger an überholten monolingualen Maßstäben messen. Natürliche Mehrsprachigkeit ist eine Ressource und kein Defizit“, erklärt Keltek.

Der Landesintegrationsrat NRW kündigt an, den weiteren parlamentarischen Prozess kritisch und konstruktiv zu begleiten und sich weiterhin mit Nachdruck für eine chancengerechte und mehrsprachige Bildungspolitik einzusetzen.

¹ Stellungnahme zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen „Mehrsprachigkeit an Schulen stärken – eine Chance für die Gesellschaft und die persönliche Entwicklung“ (Drucksache 18/14522) und zum Entschließungsantrag der Fraktion der FDP „Ohne Deutsch keine Chancengerechtigkeit – Bildungsqualität statt Ausweitung von Mehrsprachigkeit“ (Drucksache 18/15696):

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3240.pdf>

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz – Drucksache 18/17575): <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3703.pdf>

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Einführung schulischer Vorkurse zur Förderung der Sprachkompetenz (18. Schulrechtsänderungsgesetz – Drucksache 18/18115):

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST18-3780.pdf>